

Sozialamt

Sitzungsdrucksache Nr. 026/2004
-öffentliche Sitzung-**B e s c h l u s s v o r l a g e****TOP: Seniorenbefragung zu Wohn- und Lebensformen im Alter****Vorgesehene Beratungsfolge:**

Sozial- und Seniorenausschuss

Termine:

09.03.2004

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Befragung der Lüdenscheider Seniorinnen und Senioren durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten für Porto und Fotokopien werden über den Sammelnachweis B abgedeckt.

Grundlage der Aufgabe:

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe und erfolgt auf der Grundlage des Beschlusses des Sozial- und Seniorenausschusses vom 11.11.2003.

Begründung:

Aufgrund des Antrages der CDU-Ratsfraktion vom 22.08.2003 beschloss der Sozial- und Seniorenausschuss in seiner Sitzung am 11.11.2003, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten aufzuzeigen, eine gezielte und fundierte Befragung Lüdenscheider Seniorinnen und Senioren zum Wohnen und Leben im Alter in der Stadt durchzuführen. Es soll sich hierbei um eine Erhebung von Basisdaten handeln, um zielgerichtet die kommunale Sozial- und Seniorenpolitik planen zu können. Ein Fragebogen soll Aufschluss darüber geben, welche Wünsche und Bedürfnisse die älteren Mitbürger an eine Versorgung im Alter haben, wie eigenständig sie leben möchten und welche Vorstellungen es zum seniorengerechten Wohnen generell gibt.

In Lüdenscheid leben rund 25.000 Menschen, die 55 Jahre und älter sind. Bei der Durchführung einer Befragung zu Vorstellungen des Wohnens im Alter erscheint es sinnvoll, nicht nur die Menschen zu befragen, die bereits der Gruppe der Senioren zuzurechnen sind, sondern auch die sogenannten „jungen Alten“ ab 55 Jahren mit einzubeziehen mit dem Hintergrund, dass diese Personengruppe die eigenen Vorstellungen in die Konzepte von morgen mit einbringen kann.

Im Rahmen der Vorüberlegungen wurde erwogen, einen Studenten mit der Aufgabe zu betrauen. Problematisch wäre hierbei jedoch, dass es sich um eine Person handeln müsste, welche zumindest im Bereich Statistik gewisse Kenntnisse hätte haben müssen. Darüber hinaus wäre eine Begleitung seitens der Verwaltung in hohem Masse erforderlich gewesen (Erarbeitung des Fragebogens, Herstellen von Kontakten zu Ansprechpartnern im Bereich der Ermittlung von Einwohnerdaten usw.). Zudem hat es in der Vergangenheit bereits Negativerfahrungen gegeben, so dass sich die Verwaltung nach Abwägung der Vor- und Nachteile gegen den Einsatz eines Studenten entschieden hat.

Es wurde weiterhin überlegt, für die Durchführung der Untersuchung ein Institut zu beauftragen, um ein wissenschaftlich fundiertes Ergebnis erzielen zu können. Dies hätte jedoch zu erheblichen Kosten geführt, zumal ein Institut für die Befragung mindestens eine halbe Wissenschaftlerstelle hätte freistellen müssen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob – zunächst – überhaupt wissenschaftliche Ergebnisse erforderlich sind. Der Auftrag an die Verwaltung sieht vor, zunächst im Rahmen einer Befragung die generellen Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zum Wohnen im Alter zu ermitteln.

Es erscheint daher sinnvoll, dass die Verwaltung zunächst mit eigenen Mitarbeitern/Möglichkeiten die Fragebogenaktion durchführt, zumal hier sicherlich Tendenzen und Bedürfnisse erkannt werden können. Je nach Ergebnis bliebe dann nach wie vor die Möglichkeit, eine wissenschaftliche Untersuchung – ggf. in Teilbereichen – in Auftrag zu geben und ein Gesamtkonzept mit etwaigen Lösungsansätzen erstellen zu lassen.

Die Verwaltung hat sich intensiv mit der Repräsentativität des zu befragenden Personenkreises befasst. Die von den Lüdenscheider Tageszeitungen angebotene Möglichkeit, den Fragebogen in den Zeitungen zu veröffentlichen, wird im Grundsatz als hilfreich angesehen. Angesichts des zu erwartenden Rücklaufs von deutlich mehr als 2.500 Fragebögen sind die technischen Probleme der Auswertung jedoch nicht zu lösen.

Die Verwaltung ist daher der Auffassung, dass es effektiver wäre, Auswahlkriterien festzulegen, nach denen bestimmte Personen direkt angesprochen werden.

Um ein möglichst repräsentatives Ergebnis erzielen zu können, andererseits aber auch die Kosten gering zu halten erscheint es sinnvoll, aus der betroffenen Altersgruppe etwa jede zehnte Person zu befragen. Hierbei sollte eine Vorauswahl getroffen werden nach Geschlecht (Frauen sind im Alter deutlich überrepräsentiert), nach Jahrgang, nach Stadtteil (soziales Gefüge). Die Auswertung dieses Personenkreises könnte – bei Vorliegen der Kriterien – mittels eines Zufallsgenerators erfolgen.

Die Befragung würde sich somit auf einen Personenkreis von etwa 2.500 Personen beschränken.

Diejenigen Menschen, die bereits in einer stationären Alteneinrichtung leben, sollten von der Befragung nicht erfasst werden mit dem Hintergrund, dass hier eine besondere Problematik besteht, die bei Bedarf eher für eine gesonderte Befragung geeignet wäre.

Die Verwaltung stellt sich vor, einen Fragebogen zu erstellen, der folgende Bereiche umfasst:

- Allgemeine Angaben zur Person wie Alter, Nationalität, Familienstand usw. (anonym)
- derzeitige Wohnsituation
- Umzugsbereitschaft
- Alltagsbewältigung
- Freizeitverhalten/Mobilität
- Partizipation der Seniorinnen und Senioren in Lüdenscheid.

Zeitplanung

Die Verwaltung könnte den Fragebogen erstellen und die Auswertungen der betroffenen Personen vornehmen. Presseberichte könnten gefertigt werden, die auf die bevorstehende Aktion hinweisen.

Für das Verschicken der Bögen ist die zweite Hälfte der Sommerferien (ca. Mitte August) vorgesehen mit einer Frist bis ca. Mitte September, die Bögen zurück zu geben. Dies erscheint sinnvoll, da somit sowohl die Personen erreichbar sind, die während der Sommerferien verreisen als auch die Personen, die außerhalb der Ferien verreisen.

Praktische Durchführung

Die Fragebogenaktion sollte seitens der Seniorenberatungsstelle durchgeführt werden. Die Bögen sollten per Post an den entsprechenden Personenkreis versandt werden. Die Seniorenberatungsstelle würde Ausfüllhilfe anbieten und Fragen zu der Aktion beantworten.

Nach Ablauf der Frist könnte die Verwaltung die Auswertung der Bögen vornehmen und in einem Bericht die Ergebnisse darstellen.

Lüdenscheid, den .02.2004

In Vertretung:

Dr. Schröder
Beigeordneter